

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Belagerungslohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Befreiung vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4598. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 18898. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Insertionspreis: Die 7 gespaltene Kolonelle ober deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Kellame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Akademie für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Regierung über Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

In der Denkschrift der deutschen Regierung über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands wird dargelegt, daß das deutsche Volkvermögen vor dem Kriege von vielen Seiten überschätzt worden ist. Auf Grund der Veranlagung zum Wehrbeitrag wird man es für die Zeit vor dem Kriege auf etwa 220 Milliarden Mark Gold beziffern dürfen. Dieses Vermögen ist durch den Verlust der Kolonien, der Unternehmungen im Auslande, der Abtretungen usw., durch die Wirkungen von Krieg und Kriegsfolge sehr stark vermindert worden.

Auf diesem verminderten Vermögen ist die Wiedergutmachung zu leisten. Da Deutschland seiner Schiffe und seiner Auslandsgehörden verlustig gegangen ist, kann die Zahlung im wesentlichen nur durch die Ausfuhr von Waren beglichen werden. Ist die deutsche Volkswirtschaft imstande, die mit der Wiedergutmachung verbundenen Lasten zu tragen?

Die Beantwortung ist an Zahl und Leistungsfähigkeit zurückgegangen. An Stelle der früheren Arbeitsfreudigkeit ist Unruhe und Arbeitsmangel in viele Kreise getreten.

Die Denkschrift schildert den Zustand der verschiedenen Zweige der deutschen Volkswirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft hat einen großen Teil ihrer Leistungsfähigkeit verloren. Die deutsche Industrie hat eine dreifache Aufgabe zu lösen. Sie muß der industriellen Bevölkerung, die nicht auswandern kann, Arbeitsgelegenheit geben. Sie muß nach Wegfall der aus Schifffahrt und Kapitalanlagen im Auslande stammenden Einkünfte die Befähigung der deutschen Einfuhr ermöglichen; sie muß überdies die Ware für die Wiedergutmachung liefern. Auch die deutsche Industrie hat aber eine ihrer Grundlagen, Eisen, fast zu 1/4 verloren. Die deutsche Kohlenproduktion ist 1919 auf 108 Millionen Tonnen oder 57 Prozent der Förderung von 1913 gesunken. Durch den Verlust von Oberschichten würde Deutschland mindestens die Verfühlung über weitere 18 Millionen Tonnen im Jahr verlieren. Die Wirkung jeder möglichen Steigerung der Förderung würde dadurch aufgehoben. Abgesehen von wenigen begünstigten Industrien, wie etwa der chemischen Industrie, wird die deutsche Industrie mehr und mehr zu einer Verbrauchsindustrie. Diese Verbrauchsindustrie muß ihre Rohstoffe durch die Ausfuhr von Fertigfabrikaten bezahlen. Nur wenn die Industrie mit voller Kraft arbeiten kann, wird sie das können und dabei genügend Ware für den inneren Markt zur Verfügung haben.

Das deutsche Verkehrsleben ist zerrüttet.

Dem deutschen Handel ist durch den Krieg und seine Folgen ein gutes Teil seiner Kapitalkraft genommen.

Hat man daher, wie eingangs erwähnt, das Volkvermögen vor dem Kriege mit 220 Milliarden angenommen, so wird man heute nach den Vorkommnissen im Osten und Westen, nach Verlust der gesamten Handelsflotte, nach Wüsten der ausländischen Wertpapiere, nach Verbrauch aller Warenvorräte und nach jahrelanger Abnutzung aller Produktionsmittel höchstens von 100 Milliarden reden können. Davon sind noch Auslandsschulden abzuziehen, die 8—10 Milliarden erreichen dürften.

Den verminderten produktiven Kräften steht allein aus dem Warenverkehre eine Verschuldung von etwa 50 Milliarden Mark gegenüber. Diese Waren sind teils auf Kredite gekauft, teils mit Banknoten bezahlt worden, von denen etwa 20 Milliarden Mark im Ausland sein dürften. Für die nächste Zeit wird man mit einer deutschen Ausfuhr von vielleicht 35—40 Milliarden Mark Papier rechnen können. Sie steht eine Einfuhr von vielleicht 80 Milliarden Mark an Lebensmitteln und Rohstoffen gegenüber. Die deutsche

Handelsbilanz ist also passiv. Sie kann nur aktiv werden, wenn die deutsche Industrie in so großem Umfang zu arbeiten vermag, daß sie zur Deckung des inneren Bedarfs ausreicht und die gesamte Einfuhr bezahlen kann. Sie kann erst wieder aktiv werden, wenn Deutschland sich völlig erholt hat.

Im Gegensatz dazu steht die Erfüllung des Friedensvertrages eine aktive Handelsbilanz voraus. Alle Leistungen der deutschen Volkswirtschaft an andere Volkswirtschaften müssen schließlich aus dem Haushalt des Reichs bezahlt werden, dem der Steuerzahler die nötigen Mittel zur Verfügung stellen muß. Gelingt es nicht, so muß eine wilde Kreditwirtschaft mit zunehmender Inflation eintreten.

Die Gesundung der deutschen Volkswirtschaft ist ohne Gesundung des deutschen Geldwesens nicht möglich. Die Gesundung des deutschen Geldwesens hängt von der Regelung der deutschen Finanzen, insbesondere von der Regelung der schwebenden Schulden ab. Die Regelung des Finanzwesens wird endlich von der Höhe und der Form der Entschädigungsverpflichtung bedingt. Die Steuern, insbesondere die direkten Steuern, sind sehr stark angehoben. Die indirekten Steuern lassen sich zur Zeit nicht wesentlich erhöhen. Man kann nicht durch Verbrauchsschneiden den Konsum verteuern, während man gleichzeitig 10 Milliarden Mark zu seiner Verbilligung einsehen muß. Die kritische Lage des deutschen Finanzwesens kann auch nicht durch das Gewaltmittel eines Staatsbankrotts gerettet werden. Da große Mengen Kriegsanleihe in den Händen kleiner Leute sind, die ein Staatsbankrott in das Lager der sozialen Unruhe treiben würde und das ganze deutsche Wirtschaftsleben auf Kredit aufgebaut ist, so würde ein Staatsbankrott den völligen Zusammenbruch sozial und politisch zur Folge haben.

Die Ausföhrung des Friedensvertrages in der jetzt vorliegenden Form wird die deutsche Finanzwirtschaft noch weiter gefährden. Geht man von einer rein finanziellen Belastung von nur 80 Milliarden Mark Gold durch den Friedensvertrag aus, so würde ein Haushalt von 4 Köpfen etwa 40 000 M. schulden, das macht zu einem Satz von 8 Prozent 2400 M. im Jahr. Da die heutige Besteuerung bereits einen Bedarf von über 30 Milliarden Mark im Jahr vorstelt, würde der Haushalt von 4 Personen unter den bestehenden Voraussetzungen mit Jahresleistungen von 4400 M. belastet sein. Dabei hatten im Jahre 1918 81,21 Prozent der prähispanischen Steuerzahler ein Einkommen von nicht über 3000 M. Insgesamt würden mindestens 2,4 Milliarden Mark Gold oder 24 Milliarden Mark Papier das deutsche Budget belasten. Das kann unter den heutigen Verhältnissen nur dadurch geschehen, daß die deutsche Regierung neue schwebende Schulden ausgibt.

Die Zerrüttung des deutschen Finanzwesens ist das naturgemäße Ergebnis des Krieges und seiner Folgen. In dieser Beziehung ist die Lage Deutschlands von derjenigen anderer Länder nicht grundlegend verschieden. Der arundlegende Unterschied seiner Stellung liegt darin, daß es infolge des Friedensvertrages nicht die Möglichkeit hat, Mittel und Wege frei zu wählen, die zur Gesundung seines Wirtschaftslebens und zur Rettung seiner Finanzen führen können. Ohne wirtschaftliche Bewegungsfreiheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Völkern kann Deutschland weder sein Wirtschaftsleben aufbauen noch seine Finanzen ordnen. Ohne Ordnung seiner Finanzen ist die pünktliche Erfüllung seiner Verpflichtungen unmöglich. Wird Deutschland seine wirtschaftliche Bewegungsfreiheit wiedergewinnen, dann ist zu hoffen, daß sein arbeitewohntes Volk alle Kräfte zum Wiederaufbau seines wirtschaftlichen Lebens einsehen wird.

aufmerksam gemacht hatte, daß der deutsche Justizminister gleichzeitig Belgizler sei, und, da der Reichstag jetzt tagt, die gleichzeitige längere Abwesenheit des Reichstanzlers und des Vizekanzlers zu Unzutrefflichkeiten führen würde, beschloß die Konferenz die Frage der Bestrafung bereits am Donnerstag zu besprechen. Die Konferenz vertagte sich hierauf.

Berlin, 5. Juli. Reichswehrminister Dr. Gehler und der Chef der Heeresleitung General v. Seeckt begaben sich heute abend zur Konferenz nach Spa.

Was Dr. Gehler in Spa will.

Wolffs Bureau meldet: Vor seiner Abfahrt nach Spa hatte Dr. Gehler eine Unterredung mit Vertretern der Presse. Er äußerte Genugtuung darüber, daß Deutschland jetzt in der Lage sei, an einem Tische mit der Entente zu verhandeln. Er erklärte darin ein Zeichen dafür, daß endlich unsere früheren Feinde einsehen, daß ihre eigenen Interessen ihren bisher verfolgten Plänen entgegenstehen. Seinen Standpunkt, den er wiederholt in der Öffentlichkeit geltend gemacht habe, indem er auf die Gefahren hinwies, die mit der Herabsetzung der uns vertretenden Truppenzahl verbunden sind, werde er auch in Spa vertreten. Eingehend äußerte sich Dr. Gehler über die Abwicklungsstellen, deren Auflösung nichts mehr im Wege stehe. Mit Interesse nahm der Minister die Nachricht entgegen, daß die Polen die Alliierten in Brüssel um Hilfe gegen die Volkshemmen gebeten haben.

Mit anderen Worten erklärt: Die zweifelslos tendenziös zurückgehaltene Meldung über die angeblich drohende Volkshemmengefahr im Osten kommen gerade zur rechten Zeit, um als Begründung für die Notwendigkeit der Beibehaltung einer starken deutschen Wehrmacht zu dienen. Im übrigen beweisen die Äußerungen des Reichswehrministers, daß sich die deutsche Regierung nach wie vor mit allen Kräften gegen die Verminderung der Stärke der Reichswehr stemmen will. Sie wird also die verhängnisvolle Politik fortsetzen, die das Mißtrauen der Entente gegen Deutschland dauernd verstärkt hat. Daß eine derartige unnütze Politik den Gang der Verhandlungen in Spa in jeder Hinsicht zum Schaden des deutschen Volkes ungünstig beeinflussen muß, haben wir schon mehrfach dargelegt.

Spa.

W. O. Es gehörte nicht mehr als die gesunde Vernunft eines normalen Menschen dazu, um zu wissen, daß auf Versailles ein Spa folgen mußte. Es war klar, daß der Traum der imperialistischen Machtpolitiker, die glaubten, mit einem militärischen Siege nicht nur die ganze Welt regieren, sondern auch die geschichtliche Entwicklung nach ihrem Gefallen lenken zu können, eines Tages einer schweren Enttäuschung weichen würde. Man hat in Versailles die Welt und die Geschichte behandelt, als ob sie kurzweilige Gesellschaftsspiele seien, denen man jede beliebige Gestaltung und Form aufzwingen kann. Wenige Monate haben genügt, um zu beweisen, daß die wirtschaftliche Entwicklung, daß die geschichtlichen Notwendigkeiten den künftigen Plan nicht achten. Das Rechenexempel der europäischen und der Weltwirtschaft, in das man den einen Faktor — Rußland — überhaupt nicht einsetzte, den andern Faktor — Deutschland — ohne jede Rücksicht auf seine Größe und Kraft hin- und herschob, dieses Rechenexempel mußte sehr bald an einen toten Punkt gelangen.

Nun eilen alle Staatsmänner nach Spa, um das fassliche Exempel von Versailles zu berichtigen. Es ist vieles anders seit Versailles und manches besser geworden. Die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten haben ihren Zwang nicht umsonst auf die noch festgestrunten Gemüter der Entente-Imperialisten ausgeübt. Sie haben erreicht, daß man sich endlich darauf besinnt, daß zu einer Wiederaufrichtung des europäischen Wirtschaftslebens alle Kräfte notwendig sind. Zwar läßt sich noch immer eine gähnende Lücke am Verhandlungstisch, noch immer fehlen die russischen Vertreter, aber sie sind doch bereits unsichtbar anwesend, und der große Wirtschaftsfaktor wird, wenn auch ungenannt und unverföhrt, dauernd über den Verhandlungen schweben. Das Wort: Ohne Rußland kein Europa! wird immer wieder in neuen Formulierungen bei den Verhandlungen auftauchen, und letzten Endes wird das Ergebnis der Konferenz von Spa nur das sein, daß die Notwendigkeit neuer Verhandlungen, an denen auch Rußland teilnimmt, offenbar wird. Vom Standpunkt des internationalen Sozialismus aus ist diese Erkenntnis einigermaßen beruhigend, wenn auch nicht voll befriedigend. Wir könnten zufriedener sein, wenn wir wüßten, daß nicht jeder der Konferenzteilnehmer in Spa insgeheim versuchen wird, die Abwesenheit der Vertreter Rußlands in seinem Sinne auszunutzen. Jeder wird versuchen, Rußland für sich gegen die andern auszuspielen, eine Methode, die nicht gerade geeignet ist, die so dringend notwendige wirtschaftliche Verständigung zwischen Rußland und dem übrigen Europa zu fördern. Aber stärker als all diese Intrigen wird die für Rußland kämpfende wirtschaftliche Notlage sein. Denn, ob die Konferenz in Spa es erkennen wird oder nicht, die Tatsache muß heute als unerschütterlich feststehend gelten: das durch den Krieg zerrüttete Wirtschaftsleben Europas und der Welt wird durch keinen noch so kapitalistisch kräftigen Staat — selbst nicht durch Amerika — wieder kapitalistisch aufgebaut werden können. Stände die Konferenz von Spa sichtbar unter diesem Wahrspruch, so könnten wir Positives von ihr erwarten, da sie alles tun wird, um diese Wahrheit zu verschleiern, wird sie uns lediglich negative Erkenntnisse bringen.

Die Rolle, die Deutschland auf der Konferenz in Spa spielen wird, ist keineswegs ehrenvoll. Wären wir heute wirtschaftlich mit dem großen russischen Nachbar verbunden, so wären wir ein Faktor, mit dessen Willen man rechnen müßte. Ohne dieses wird man sich heute nur über unser Können unterhalten, nachdem man das Urteil über den schlechten Willen unserer Militärs gefällt haben wird.

Daß die Einigkeit der Alliierten in Spa noch so groß sein wird, wie sie in Versailles gewesen ist, wird niemand glauben, der in den verflorenen Monaten die lebhaften Diskussionen der italienischen, englischen und französischen Presse verfolgt hat, in denen jeder dem andern die Schuld an dem Versagen der Wiederaufrichtung des europäischen Wirtschaftslebens zuschreibt. Die Hoffnung aber, die bereits einige deutsch-nationalistische Politiker und Journalisten zu schüren begannen, daß aus der Uneinigkeit der Alliierten neue Erfolge für die deutsche Politik erwachsen werden, diese Hoffnung ist trügerisch. Gewiß ist man sich in der Entente nicht darüber einig geworden und wird es trotz aller gegenteiligen Versicherungen kaum werden, wieviel jeder der Verbündeten von der von Deutschland zu zahlenden Kriegsschuld erhalten soll. Daß aber eine Kriegsschuld gezahlt werden und daß sie möglichst hoch bemessen sein soll, darüber ist man sich durchaus im klaren und völlig einig. Die Streitigkeiten untereinander werden deshalb nicht im geringsten die Einigkeit gegenüber dem Schuldner fördern. Vor allem aber herrscht Uebereinstimmung unter den Alliierten über die Notwendigkeit der Entwaffnung Deutschlands gemäß den Vorschriften des Friedensvertrages. Wenn die Frage auch nicht das A und O der Konferenz in Spa ist, so ist sie doch die Vorbedingung aller weiteren Verhandlungen und ist deshalb an die Spitze gesetzt mit der allerdings nicht sehr über-

Eröffnung der Konferenz in Spa.

Spa, 5. Juli. Die erste Besprechung der Konferenz fand heute vormittag 11 Uhr im Schloß de la Reineuse unter Vorsitz des belgischen Ministerpräsidenten Delacroix statt. An der Konferenz nahmen teil: von belgischer Seite Ministerpräsident Delacroix, der Minister des Neuhern Hymans und der Minister des Inneren Japier, von englischer Seite Premierminister Lloyd George, Staatssekretär des Neuhern Lord Curzon und Sir L. Worthington Evans, von französischer Seite Ministerpräsident Millerand, Finanzminister Marjal und der Minister der öffentlichen Arbeiten Le Troquer, von italienischer Seite der Minister des Neuhern Graf Sforza und Bertolini, von japanischer Seite der Botschafter in London Graf Chinda, von deutscher Seite Reichskanzler Fehrenbach, Minister des Neuhern Dr. Simons, Finanzminister Dr. Wirth und Ernährungsminister Hermes. Sofort nach Eintreffen der deutschen Delegierten wurde ohne formelle Begrüßung in die Verhandlungen eingetreten und zunächst die Tagesordnung festgesetzt, welche die folgenden Punkte umfaßt soll: Durchführung der militärischen Bedingungen des Friedensvertrages, die Frage der Wiedergutmachungen, die Kohlenfrage, die Frage der Durchführung der Bestrafung der sogenannten Kriegsverbrecher, die Danziger Frage.

Reichskanzler Fehrenbach erklärte hierauf, nachdem er seiner Genugtuung über das Zustandekommen kontraktlicher Verhandlungen Ausdruck gegeben hatte, daß es der feste Wille der deutschen Delegation und des ganzen deutschen Volkes sei, die Friedensbedingungen loyal durchzuführen. Zur Behandlung der militärischen Frage würde allerdings die Anwesenheit des Reichswehrministers und des Generals v. Seeckt notwendig sein, die, als man gestern von der bevorstehenden Erörterung der militärischen Frage erfahren habe, sofort dringend herbeigebeten worden seien aber nicht vor morgen nachmittag eintreffen könnten. Die Konferenz beschloß, die Ankunft der Herren abzuwarten. Auf eine Frage des Reichskanzlers, ob vielleicht auf der Besprechung der Bestrafung die Anwesenheit des deutschen Justizministers erforderlich sei, wurde mitgeteilt, daß sie dringend erwünscht sei. Es würden übrigens auch der englische Lordkanzler und der französische Justizminister erscheinen. Nachdem Reichskanzler Fehrenbach darauf